

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Das ist die CDU/CSU Fraktion. Stimmt jemand dagegen? – Das sind alle übrigen Anwesenden. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich keine. Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung abgelehnt. Die dritte Beratung entfällt demzufolge.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Abstimmung über den digitalen Euro im Bundestag bindend machen

- zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt, Jörn König, Kay Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern

Drucksachen 20/9133, 20/9144, 20/10661

Für die Aussprache sind 26 Minuten vorgesehen. – So, setzen Sie sich bitte, oder gehen Sie. – Danke.

Ich eröffne die Aussprache. Frank Schäffler hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Frank Schäffler (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung des Geldes ist tatsächlich eine große Herausforderung. Dabei lauten die Fragen: Wer macht es? Macht es der Staat, oder machen es Private? Wird es dezentral gemacht, oder wird es zentral gemacht? Mit der MiCA-Regulierung auf europäischer Ebene haben wir uns dafür entschieden, dass wir das dezentral machen wollen, dass wir das auch privat machen wollen, dass wir mit Stablecoins digitales Geld in Euro schaffen wollen. Deshalb bin ich skeptisch, ob der digitale Euro tatsächlich der große Wurf ist. Denn letztendlich ist das ein zentrales Projekt.

Die Europäische Zentralbank hat bis heute nicht wirklich klargemacht, was der Nutzen für den Verbraucher ist, wofür wir den digitalen Euro eigentlich brauchen. Ich finde, bevor so ein Projekt tatsächlich angegangen wird, muss die Europäische Zentralbank diese zentrale Frage im Kern beantworten: Wofür braucht der Verbraucher in Deutschland, der Verbraucher in Europa tatsächlich einen digitalen Euro?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Eine weitere entscheidende Frage ist: Um welchen Preis soll der digitale Euro eingeführt werden? Wenn die Europäische Zentralbank jetzt diesen Weg geht, wenn der Legislativvorschlag der Europäischen Union tatsächlich Wirkung entfaltet, dann muss, wie ich finde, völlig klar sein, dass die anonyme Zahlungsweise in

Deutschland erhalten bleiben muss, dass der digitale Euro genauso anonym sein muss wie das Bargeld in Deutschland. (C)

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Matthias Hauer [CDU/CSU])

Am Ende ist entscheidend, dass keine zentrale Behörde auf die Daten der Bürger zugreifen kann und dass der Bürger tatsächlich anonym zahlen kann.

Die Digitalisierung einer Währung kann durchaus Nutzen stiften. Sie kann Nutzen stiften, wenn es um Maschine-to-Machine-Zahlungen geht, um kleinteilige Zahlungen. Aber es muss am Ende auch wirklich eine anonyme Zahlung bleiben. Ein digitaler Euro – das ist entscheidend – darf nicht dazu beitragen, dass das Bargeld in unserem Land weiter diskriminiert wird. Denn Bargeld ist letztendlich der in Münzen geschlagene Teil unserer Freiheit, und diese Freiheit müssen wir erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Matthias Hauer hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Das wird jetzt schwierig, da noch einen draufzulegen!)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 59 Prozent der Menschen in Deutschland haben noch nie etwas vom digitalen Euro gehört. Das ist das Ergebnis einer aktuellen forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Bundesbank. (D)

Dabei treibt die Europäische Zentralbank die Planungen zum digitalen Euro seit Jahren voran – also das Zentralbankgeld als Ergänzung zum Bargeld auch digital anzubieten. Das wäre die bisher größte Änderung für unsere Währung. Die Bundesregierung sollte – schon in Anbetracht dieser Tragweite – endlich ihren Beitrag dazu leisten, über den digitalen Euro überhaupt mal aufzuklären. Dass die Mehrheit der Menschen noch nie vom digitalen Euro gehört hat und knapp die Hälfte der Befragten sagt, dass sie ihn gar nicht nutzen wollen, ist jedenfalls keine gute Ausgangslage für das Projekt.

Und wie fasst die Bundesbank die Ergebnisse ihrer Umfrage zusammen? Zitat: „Digitaler Euro findet als Bezahl-Option breite Akzeptanz in der Bevölkerung.“ Die Bundesbank sollte ihre rosarote Brille bei dem Thema dringend absetzen.

Wir als CDU und CSU wollen mit unserem Antrag drei Punkte erreichen:

Erstens. Wir wollen das glasklare Bekenntnis des Deutschen Bundestages zum Erhalt und zur Bedeutung des Bargelds erneuern – denn Bargeld ist Freiheit, und Bargeld bleibt fester Bestandteil unserer kritischen Infrastruktur in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthias Hauer

- (A) Zweitens. Wir wollen die Diskussion über das Pro und das Kontra des digitalen Euro in die breite Öffentlichkeit bringen. Deshalb bringen wir das Thema heute in den Deutschen Bundestag. Deshalb haben wir eine öffentliche Expertenanhörung zu diesem Thema initiiert. Deshalb bringen wir es regelmäßig in den Finanzausschuss. Denn wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, ob man den digitalen Euro überhaupt braucht und in der die Chancen und Risiken des digitalen Euro ergebnisoffen abgewogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drittens. Wir wollen, dass die Bundesregierung nicht über den Kopf des Deutschen Bundestages hinweg entscheidet. Die Ampelparteien möchten, dass das Parlament nur eine Stellungnahme zum digitalen Euro abgeben darf und am Ende die Bundesregierung auf europäischer Ebene allein entscheidet. Aber das verkennt die Tragweite dieser Entscheidung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Abschließend möchte ich betonen, dass ich es schade finde, dass es nicht gelungen ist, mit der Ampel gemeinsam einen Antrag zu diesem wichtigen Thema auf den Weg zu bringen – wir hatten das ja angeboten –, und dass Sie unseren Antrag jetzt auch noch ablehnen wollen.

Die öffentliche Anhörung hat gezeigt, dass noch viel Arbeit notwendig ist, um die Chancen und Risiken des digitalen Euro darzulegen. Vereinfachungen für Verbraucher, Anwendungsfälle, Kosten im Zahlungsverkehr, Datenschutz, europäische Souveränität, Folgen für die Finanzstabilität etc. – das alles muss sorgfältigst abgewogen werden. Da sind bislang viele Fragen offen.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Lennard Oehl hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lennard Oehl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Anträge der beiden Oppositionsfraktionen einmal durchliest, dann kommt man zu dem Schluss, dass das eigentlich keine Debatte zum digitalen Euro ist, sondern dass sie eher „Große Lügen um unser Bargeld“ heißen müsste.

Schauen wir uns doch mal die Fakten an. Die Europäische Zentralbank schafft mit dem digitalen Euro weder das Bargeld ab, wie es manchmal suggeriert wird, noch geht sie einen Schritt in diese Richtung. Der digitale Euro gilt als digitale Ergänzung zum Bargeld; das ist immer wieder betont worden, auch von der Bundesbank. Die EU hat zwei Vorschläge veröffentlicht, sowohl zur Einführung des digitalen Euros als auch zur Stärkung des klassischen Bargelds. Darauf wird aus Ihren Reihen selten hingewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Ingrid Nestle [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (C)

Schauen wir uns die jüngsten Zahlen der Bundesbank an: Der Anteil der Bargeldzahlungen ist 2023 gesunken, von 58 auf 51 Prozent. Das zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger auch digitale Zahlungen schätzen, die uns ja auch ein Stück weit unabhängig machen, beispielsweise von der Versorgung durch Bargeldautomaten im ländlichen Raum. Wenn Sie es in Ihren Anträgen richtig darstellen wollen, dann müssen Sie auch erwähnen, dass die Bundesbank die Relevanz des Bargelds immer wieder betont, aber auch die Einführung des digitalen Euros als unabhängige Alternative begrüßt.

Gerade die Bürgerinnen und Bürger, die gerne digital zahlen, brauchen eine unabhängige Alternative von, wie Sie es genannt haben, Herr Schäffler, privaten Dienstleistern wie Visa, wie Mastercard, wie PayPal. Denn gerade die privaten Zahlungsdienstleister sind es ja, die Nutzerdaten profitmaximierend verwenden. Der digitale Euro ist hier eine souveräne europäische Lösung, die wie Bargeld offline und anonymisiert funktionieren soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Matthias Hauer [CDU/CSU]: Also Sie sind dafür! Sind Sie dafür?)

– Wir stehen der Einführung eines digitalen Euros konstruktiv gegenüber. Und auch wenn – gerade aus Ihren Reihen – immer wieder polemisiert wird, dass wir das Bargeld gegebenenfalls abschaffen wollen

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Das ist doch Unsinn!) (D)

oder dass wir uns in der EU auf eine Obergrenze für Barzahlungen geeinigt haben: Das ist eben kein erster Schritt in Richtung Bargeldabschaffung, sondern es dient in erster Linie der Eingrenzung von Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung.

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie hätten mal unseren Antrag lesen sollen!)

Ich meine, wie viele Zahlungen über 10 000 Euro tätigt man denn in bar? Die könnte ich an einer Hand abzählen

(Jörn König [AfD]: Hawala-Banking!)

– Mit illegalen Geldströmen scheinen Sie sich ja am besten auszukennen. Fragen Sie doch mal Ihren Kollegen Bystron, wo die ganzen Geldzahlungen herkamen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Das möchte ich mal wissen. Das können Sie ihn mal fragen.

Alles in allem soll der digitale Euro eine weitere europäische Zahlungsalternative darstellen, die einfach nutzbar ist und uns Europäer vor allem souveräner macht im internationalen Zahlungsverkehr. Deswegen muss über die Einführung des digitalen Euros auch auf europäischer Ebene demokratisch entschieden werden.

Vielen Dank.